

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei direkter Bestellung im Voraus für sechs Monate 1,20 Mk., bei Bestellung unter Schriftband 1,50 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Emil Nordens 2655 und 2894.

Interesse haben die anhaltspoll. Langzeitbesitzer oder deren Nahe 1,20 Mk., Wortbesitzer das entsprechende Wort 20 Pf., das weitere Wort 25 Pf. Anzeigenpreislich bei Privatfamilien und Verlagsanmeldungen ist der Zuschlag fort. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Emil Nordens 9768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kopflofigkeit in Weimar.

Fortdauer der Krise.

Eine Zwischennote. — Die Forderungen der Demokraten und des Zentrums. — Noch kein Kabinett.

Drahtbericht der „Freiheit“.

Weimar, 20. Juni.

Während sich heute mittag eine Klärung der Lage vorbereiten schien, ist die Lage am Abend noch verwickelter als gestern. Am heutigen Vormittag nahm Hermann Müller die Fühlung mit den Parteien, um ein Kabinett zu bilden, aber nach kurzer Zeit gab er diesen Versuch als aussichtslos auf.

Dann unternahm David den Versuch der Kabinettsbildung. Aber schon um 5 Uhr nachmittags wurde dieser Versuch unterbrochen. In dieser Zeit wurde an einer neuen Note gearbeitet, die man der Entente schicken wollte. In dieser Note wurden sechs Forderungen der Deutsch-Demokraten und des Zentrums formuliert und zum Schluss darauf hingewiesen, daß eine Kabinettsbildung unendlich und eine Mehrheit in der Nationalversammlung für den Frieden nicht zu finden wäre, wenn in den 6 Punkten der Entente keine Anzustände gemacht würden.

Es handelte sich dabei um folgendes: Nach dem Wunsche der Deutsch-Demokraten soll Deutschland erstens bis zum 1. Januar 1920 in den Völkerbund aufgenommen werden. Zweitens sollen Danzig und Westpreußen nicht an Polen fallen, sondern zwei Jahre unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt werden. Nach zwei Jahren soll über das Schicksal Danzigs endgültig entschieden werden. Ferner fordern die Deutsch-Demokraten, der Friedensvertrag solle nach 5 Jahren revidiert und dazu sollten die Note die Bedeutung des Zentrums aufgenommen werden. Das Zentrum kränkte sich, wie schon gemeldet, dagegen, daß Wilhelm II. und die am Kriese Hauptrollen ausgeübt werden. Ferner sollte Deutschland, nach dem Wunsche des Zentrums, nicht das Verbleiben der eigenen Schuld obliegen.

Am letzten Augenblick, als es schon hieß, die Note wäre von der Entente abgelehnt, überlegten sich die Rechtssozialisten die Sache und hielten die Note zurück. Gegenwärtig sind die Rechtssozialisten nicht geneigt, mit den Demokraten weiter Verhandlungen zu führen, und sie wollen die Deutsch-Demokraten überhaupt von der Kabinettsbildung ausschließen. Sie hoffen, allein mit dem Zentrum eine Mehrheit bilden zu können, zumal sie wissen, daß unsere Fraktion geschlossen für den Frieden stehen wird.

Das Zentrum und die Deutsch-Demokraten hielten heute mindestens vier Fraktionsversammlungen ab. Auch die Rechtssozialisten tagten wenigstens dreimal, ohne daß irgendeine Entwirrung der Lage eingetreten wäre.

Die Sitzung des Fraktionsausschusses, die für heute nachmittags um 4 Uhr einberufen war, wurde um 2 Uhr auf unbestimmte Zeit verschoben. Gegenwärtig — um 11 Uhr nachts — tagt wieder der interfraktionelle Ausschuss.

Wenn das Plenum zusammengetreten wird, ist noch nicht zu erkennen. Undenkbar ist es heute, daß das Plenum schon am Sonntag sich versammeln könnte, zumal da es weder eine Regierung, noch irgendwelche Mehrheit gibt. Hier zeigt sich wieder einmal drastisch die Unmöglichkeit eines Kabinetts, das aus heterogenen Elementen, wie es Rechtssozialisten, Deutsch-Demokraten und Zentrumskräfte sind, zusammengesetzt ist.

Die Gründe des Rücktritts.

Die Vorgänge in der entscheidenden Sitzung.

Weimar, 20. Juni.

In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß das Kabinett schon gestern gemeldet, in der entscheidenden interfraktionellen Sitzung eine formulierte Erklärung verlangte, daß die Regierungsparteien sich einigen sollten auf den Kompromißvertrag des Zentrums und weiter, daß die Nichtannahme der Forderungen des Zentrums durch die Alliierten zu einer Ablehnung führen sollte. Die Demokraten hatten diese Erklärung nicht abgegeben, weil sie grundsätzlich nicht damit einverstanden seien. Die Sozialdemokraten hätten die Forderung der Regierung auf Annahme der Zentrumsentscheidung ab-

gelehnt. Die Ablehnung habe eine deutliche Mehrheit für die Annahme der Ententebedingungen ergeben. Daraufhin habe das Kabinett im Rücktrittbeschlusse gesteht.

Entwirrungsversuche.

Nach Weimar wird den „F. S. R.“ gemeldet: Am Freitag beauftragte der Reichspräsident den Abg. David mit der Bildung eines Ministeriums. Daneben kamen noch als möglicher Ministerpräsident der jetzige Reichsarbeitsminister Bauer und auch Hermann Müller in Betracht. Die ziemlich oft erwähnte Kombination Kossel war bereits am Donnerstagabend fallen gelassen worden. David lehnte unter Berufung darauf, daß eine zweifelhafte Mehrheit für die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages in der Nationalversammlung nicht vorhanden sei, und unter Berufung auf seine schwache Gesundheit ab. Angesichts dieser Tatsache hat sich das Kabinett, das Freitag früh um 1 Uhr demissioniert hatte, veranlaßt gesehen, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Regierung einen Versuch zu machen, auf Grund einer gemeinsamen Kompromißformel eine Mehrheit zustande zu bringen, und so dem deutschen Volke den Frieden zu sichern. Dieser Versuch diente aber nicht einer Galvanisierung des bestehenden Kabinetts.

Wir glauben sagen zu können, daß der gegenwärtige Ministerpräsident an seinen festen Rücktrittsbefehlen keinen Zweifel läßt. Es sollte lediglich die Bildung eines Kabinetts vorbereitet werden, das, gestützt auf die jetzige Regierungskoalition, dem Vertrag die Unterschrift hätte geben können. Zu diesem Zwecke wurde eine „Zwischennote“ an die Entente entworfen, in welcher 6 Bedingungen als unerfüllbar und untragbar bezeichnet wurden und die Erklärung abgegeben wurde, daß, wenn die Entente in diesen Beziehungen entgegenkomme, sich in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung finden werde. Diese Note wurde am Nachmittag von einem engeren Ausschuss des geschäftsführenden Kabinetts ausgearbeitet und dem interfraktionellen Ausschuss vorgelegt, scheint aber nicht die Gegenstände einzelner Fraktionen, besonders der Sozialdemokratischen, gefunden zu haben, so daß die ganze Aktion im gegenwärtigen Augenblicke wohl als gescheitert betrachtet werden kann. Damit ist die Krise zu einem Stillstand gekommen, der um so bedauerlicher ist, als der Termin der Unterzeichnung immer näher rückt und die Entente die innerpolitischen oder richtiger gesagt, die parlamentarischen Verhältnisse Deutschlands kaum allzu sehr berücksichtigen wird.

Es werden deswegen wahrscheinlich noch Freitagabend, spätestens Sonntag früh neue Versuche zur Entwirrung der Krise unternommen, die dadurch außerordentlich erschwert werden, daß sich ein Ueberbild über das Stimmverhalten der Nationalversammlung nicht gewinnen läßt, weil einmal die Parteien nicht geschlossen sind, nur sehr schwer und nicht ohne Gefahr für ihren ungeschwächten Bestand Fraktionszwang einführen können und die Stimmungen der einzelnen Abgeordneten auch noch schwanken. Der Gesamteindruck am Freitagabend ist jedenfalls der, daß ein guter halber Tag nutzlos verloren worden ist.

Die Haltung der Demokraten.

L. II. Weimar, 20. Juni.

Die Demokratische Fraktion hat heute vormittag beschlossen, an ihren gestern ausgesprochenen Bedingungen festzuhalten, in denen in erster Linie enthalten ist, daß ein neutrales Schiedsgericht über die Differenzen, die über die Auslegung der Wilsonpunkte entstanden sind, entschieden solle, und in denen weiter die ernährten Forderungen bezüglich des Ostens und der anderen wesentlichen Punkte enthalten sind. Schließen sich die beiden anderen Parteien diesen Forderungen der Demokratischen Partei nicht an, so muß damit gerechnet werden, daß die Demokraten sich an der Kabinettsbildung nicht beteiligen, da sowohl das Zentrum wie Sozialdemokratie bereit sind, den Friedensvertrag lediglich mit einem formellen Protest zu unterzeichnen.

Ein neuer Notenwechsel.

Heute vormittag ist in Versailles eine an Clemenceau gerichtete Note des Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation, Reichsminister Grafen Brockdorff-Ronsbohm, überreicht worden, in welcher auf zahlreiche Widersprüche der am 16. d. M. der Deutschen Friedensdelegation übergebenen Urkunden hingewiesen und um sofortige schriftliche Aufklärung über die strittigen Punkte gebeten wird.

Kein Verzug!

Die Entscheidung ist unausweichlich! Und den hartnäckigsten Verfechtern der Ablehnung ist nun klar geworden, daß keine andere Möglichkeit als die Unterzeichnung des Friedens vorhanden ist.

„Die Bildung eines Kabinetts“, sagt jetzt selbst Herr Stamper, „das für die Unterzeichnung eintritt, ist unmöglich, weil es ganz ungewiß ist, ob ein solches Kabinett in der Nationalversammlung auch nur eine knappe Mehrheit bekäme. Mit einer parlamentarischen Mehrheit von zwei oder drei Stimmen läßt sich eine Politik, die dem Volke heroische Opfer zumutet, nicht durchführen. Es muß also die Bildung eines Kabinetts versucht werden, das zu unterzeichnen bereit ist. . . . Den Gegnern der Unterzeichnung kann es unter den jetzigen Umständen nur noch darauf ankommen, ihr Gewissen zu wahren, nicht aber darauf, ihren Willen durchzusetzen.“

Dazu ist nur noch zu bemerken, daß die Unmöglichkeit der geplanten Verzweigungspolitik von Anfang an jedem politisch Einsichtigen klar sein mußte, und daß es ebenso leicht wie nützlich gewesen wäre, dem deutschen Volke die schwere Krise zu ersparen.

Aber die Stunden drängen. Es ist nicht viel Zeit zu versäumen, und man muß alles vermeiden, was der Entente den Vorwand geben könnte, die Frist für abgelaufen zu erklären und dann einzumarschieren. Man soll diese Gefahr nicht unterschätzen, denn in gewissen militärischen Kreisen der Entente dürfte der Wunsch zum Einmarsch ziemlich stark sein.

Deswegen muß das, was geschehen muß, schnell geschehen. Es ist jetzt keine Zeit zu langen Verhandlungen um Ministerposten und um Parteienwünsche. Die Bildung eines Ministeriums duldet keinen Verzug. Die Personenfragen können in diesem Augenblicke um so weniger den Ausschlag geben, als dieses Ministerium ohnedies nur ein Provisorium zu sein braucht, das zunächst nur die entscheidende Frage zur Lösung bringt. Denn die innerpolitischen Probleme, die für die definitive Zusammenfassung eines Ministeriums entscheidend sein würden, sind ja momentan ganz in den Hintergrund gedrängt. Wichtig ist nur, daß das Kabinett gebildet wird, die Nationalversammlung zummentritt und ihren Beschluß faßt.

Dieser Beschluß muß klar und unzweideutig sein. Mit den Listen und Ausflüchten geht es jetzt nicht, sie können nur Schaden stiften.

Der Friede selbst muß unterschrieben werden. Neben dem Charakter des Friedens herrscht weitgehende Übereinstimmung, und wir haben nie einen Zweifel hierüber gelassen, daß wir in der Aufrechterhaltung dieses Gewaltfriedens eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts und eine ungerechtfertigte Vereinträchtigung der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes erblicken.

Wir unterschreiben, weil wir noch der militärischen Katastrophe, in die uns die Urheber und Verlängerer des Krieges gestürzt haben, dazu gezwungen sind. Aber wir protestieren gegen diesen Frieden, wenn freilich auch aus anderen Motiven und Erwägungen, als die anderen Parteien. Wenn die Nationalisten und Gewaltpolitiker heute sich so wild entrissten, so wissen wir, daß die Unterzeichnung nur der Wut über das Scheitern der eigenen Gewaltpläne entspringen ist. Wir protestieren gegen diesen Frieden, weil seine Bestimmungen gegen die sozialistischen Grundzüge verstößen und deshalb dauernde Gefahren für die Beziehungen der Völker in sich bergen, Gefahren, die ebenso die anderen Nationen bedrohen wie das deutsche Volk.

Aber so notwendig dieser Protest ist, der ausbleibt das Ergebnis enthält, daß wir alles daran setzen werden, um für eine Revision dieses Friedens zu wirken, daß wir dafür alle Mittel anwenden werden, mit Ausnahme des Mittels eines neuen Krieges, so daß einem solchen Protest nicht eine Form anhaben werden, die der Entente die Möglichkeit zur Behauptung geben würde, es sei eine Ablehnung des Friedens erfolgt.

Es ist also sehr gleichgültig, ob Hermann Müller oder ein anderer von den Rechtssozialisten die Kabinettsbildung übernimmt, ob die demokratische Partei im neuen Ministerium vertreten ist oder nicht.

Aber mit aller Bestimmtheit darf man wohl auch von denen, die bisher der Unterzeichnung des Friedens widerstanden, erwarten, daß sie ihren Widerstand nicht zu weit

treten, nicht die einzelne mächliche Volkspartei, sondern das deutsche Volk nicht handlungsunfähig machen werden. Sie sind dazu umso weniger berechtigt, da es keinem Zweifel unterliegt, daß in Wirklichkeit die große und unabweisliche Mehrheit des deutschen Volkes den Frieden will und die Aufsammlung der Nationalversammlung die wahre Volksmeinung nicht mehr richtig wiedergibt.

Deshalb ist es höchste Zeit, daß die Herren in Weimar sich beeilen und nicht dem deutschen Volk und der ganzen Welt das beschämende Schauspiel der Unentschlossenheit und Schwachheit länger bieten. Wenn Herr Müller die Rabinetsbildung nicht trifft und Herr David im letzten Moment noch einen Kompromiß zwischen Ja und Nein macht und an dieser Unentschlossenheit und Unmöglichkeit ansetzt, dann nehme man doch irgendeinen anderen von den Duzenden der Vorschläge, aber man mache doch dieser Würdelosigkeit endlich ein Ende!

Man vergesse doch nicht, daß die Herzen des deutschen Volkes bis zum Zerreißen gespannt sind, daß es unmöglich ist, mit diesem gequälten Volke noch länger ein ungewisses Spiel zu treiben! Einen Mann wird man doch wohl finden, der den Mut zur Verantwortung hat und das Notwendige zu tun nicht feige zurücksetzt.

Wir fordern, daß jetzt endlich allen Zweideutigkeiten ein Ende gemacht wird. Es ist Wahnsinn und Verbrechen, jetzt noch eine Babanoue-Politik zu versuchen, und die Frage Annehmen oder Ablehnen, die entschieden ist, in irgendeiner verflochten und hinterlistigen Form neu aufzuwerfen. Das kann nicht sein, das darf nicht sein. Die Würfel sind gefallen, die Demission des Ministeriums „Unannehmbar“ ist erfolgt und muß unwiderruflich bleiben. Jetzt gibt es nur eines: den Frieden zu erreichen. Dann erst wird der Kampf um seine Verbesserung zu führen sein.

Der Mehrheitsblock angeblich gerettet.

Weimar, 20. Juni. (W. Z. N.)

Auch am Nachmittag sind die Fraktionen zu Sitzungen zusammengekommen und, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, besteht nach dem heutigen Stande der Verhandlungen Aussicht auf Erhaltung des bisherigen Mehrheitsblocks.

Im Schloß finden in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert Verhandlungen statt, die die Neubildung des Kabinetts zum Gegenstand haben.

Der Zentralrat für Unterzeichnung.

Der Zentralrat verfaßt folgende Rundgebung:

In seiner am 18. Mai veröffentlichten Resolution hat der Zentralrat von den Friedensbedingungen, die dem deutschen Volke auferlegt werden sollen, gesagt, daß sie von unerträglicher Härte und unerfüllbar seien. Dieses Urteil muß der Zentralrat auch heute nach Bekanntgabe der von der Entente gegebenen Bedingungen wiederholen. Indessen muß nunmehr entschieden werden, ob die abgedruckten Friedensbedingungen untergezeichnet oder abgelehnt werden sollen. Es wäre niemand in Deutschland geben, dem das Ja wie das Nein nicht als ein tiefenschweres Schicksalswort erschiene, das den Beginn der dunkelsten Woche für das deutsche Volk ankündigt. Aber jetzt kann nicht mehr ausgesprochen werden und der Zentralrat hält es für seine Pflicht, auszusprechen, daß der Friedensvertrag nunmehr unterzeichnet werden muß. Diese Unterzeichnung ist keine Freiwiligkeit und bedeutet kein Abwinken mit den und auferlegten Bedingungen. Im Gegenteil. Das deutsche Volk wird nicht aufgeben, für die Revision dieser Bedingungen zu wirken und es erhofft, daß die beginnende Einsicht bei den Völkern der Entente die Revision beschleunigen wird. Die fürchterliche Zwangslage aber, in der sich Deutschland befindet, zwingt ihn das Ja aus. Die politischen Führer müssen dies entschärfen Ja aussprechen, weil niemand die Verantwortung für das grauenvolle Schicksal auf sich nehmen kann, dem wir bei Verweigerung der Unterzeichnung unentzerrbar verfallen wären. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.

Sie wollen ihren Kaiser jähren und das Volk verhungern lassen.

Weimar, 20. Juni.

Die Reaktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei haben folgende Erklärung erlassen: In der Stunde der höchsten nationalen Gefahr haben die außerhalb der Regierung stehenden bürgerlichen Fraktionen, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei beschlossen, nachstehendes gemeinsam zu bekunden:

Alle Folgen der Ablehnung des jetzt vorliegenden Friedensvertrages haben wir mit voller Verantwortlichkeit klargestellt. Wir sind der einstimmigen Überzeugung, daß sie trotz ihrer Schwere unabweislich erregender einschließen sind, als die dauernde Verflüchtung Deutschlands, der wir sonst anheimfallen. Die Annahme dieses Friedensvertrages bedeutet eine nationale Schmach. Wir verlieren dadurch noch unsere letzten Freunde in der Welt. Einem geschickelten Deutschland droht der wirtschaftliche, finanzielle, politische und moralische Tod! Wir stehen vor der Wahl: Die ungeheure Last von Deutschlands Schuld durch unsere Unterschrift zu bekräftigen, oder Deutschlands Ehre zu wahren, die besonders durch die Forderung in den Glaub gezeugt wird, der deutsche Kaiser und andere deutsche Männer vor ein nichtdeutsches Gericht zu stellen. Um unsere toten Brüder und um der Zukunft unserer deutschen Jugend willen sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum Aufbehalten zu wahren: Deutschlands reinen Namen vor der Welt. Darum lehnen wir diesen Friedensvertrag ab.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei: Posadowski. — Die Fraktion der Deutschen Volkspartei: Dr. Heinz.

Die Verantwortlichkeit der Demokraten.

Frankfurt a. M., 20. Juni.

Die „Frankfurter Zeitung“ hebt in ihrer Besprechung der Reichstagsrede die ungeheure Verantwortlichkeit hervor, die bei der Lösung dieser Frage auf der demokratischen Partei lastet, bei der der Schlüssel der Situation liegt. Das Blatt sagt u. a.: Sollte die Sozialdemokratische Partei darauf, daß eine einseitige Verbindung mit dem Zentrum eine Regierung bilden würde und bezogert andererseits die Demokratische Partei auf ihre Ablehnung, dann ergäbe sich die verhängnisvolle Möglichkeit, daß die Reichstagsbildung scheitert und daß dann faktisch keine Regierung da wäre.

Die eine Entscheidung fallen würde. Daß die ministeriell-imperialistischen Reichspolitiker der Entente dann ihre Zeit gekommen sehen würden, daran ist sicher nicht zu zweifeln. Was käme dann im Innern? Das Chaos, jenseits der Reichspolitiker zwischen den Extremisten von links und rechts, zwischen Volkseigenen und Reaktion. Das Blatt kann es nicht glauben, daß die demokratische Partei bereits ihr letztes Wort mit einer Entscheidung gesprochen habe, die doch in Wahrheit gar keine Entscheidung ist.

Die Militärkamarilla bereit!

Letzter-Vorbed ihr Führer.

Die Gegenrevolution ist zum Schluß bereit. Bereits vor einigen Tagen wußte das „Leidener Tagblatt“ aus Berlin zu berichten, daß eine „unterirdische Bewegung“ vom „Radikalismus der Rechten“ ausgehe. „Dort hielten Royalisten den Zeitpunkt gekommen, wo die durch die Friedensbedingungen der Entente genährte neue nationale Erregung die Wiederherstellung der Monarchie herbeiführen würde. Auf das in Berlin überfallene Gerücht, daß Letzter-Vorbed sich an die Spitze einer Truppenbewegung zum Sturz der Republik stellen werde, hat dieser nur erklärt, daß ihm von solchen Bestrebungen nichts bekannt sei.“ „Er würde das gefährliche Gerücht“, so bemerkt das Blatt dazu, „generisch bekämpft haben, wenn er die altnährliche Gelegenheit benützt hätte, deutlich zu erklären, daß er jeden monarchischen Versuch mißbilligt und verurteilt. Daß tatsächlich Offiziere erklären, die Republik sei bald vorbei, gibt zu denken.“

Die wir dazu mitteilen können, ist General Letzter-Vorbed gegenwärtig im Osten mit Eifer dabei, sich eine genügend große Heeresmacht zu sichern, um den geplanten Schlag auszuführen zu können. Er wird zwei Heere formieren. Das eine soll gegen Berlin operieren, das andere Polen angreifen. Letzter-Vorbed ließ nicht den geringsten Zweifel darüber, daß kein Unternehmen sich nicht nur gegen die Entente, sondern ebenso entschieden gegen die Moskauer Regierung richtet. Auf keinen Fall will er sich der Entscheidung der Kaiserin fügen.

Die Waffenverteilung in Berlin.

Aber Letzter-Vorbed ist nur einer unter vielen die in der gleichen Richtung wie er arbeiten. Von allen Seiten geben uns Nachrichten an, die von der Anlegung von Waffenplätzen für die Bourgeoisie in allen Stadtteilen Berlins und von der Verteilung der Waffen an „Gutsbesitzer“ berichten. Aus der Fülle der Mitteilungen geben wir nur die folgenden zwei wieder:

Der Inhaber der Firma Joh. Kaiser, Gesellschaft für Kriegswaffen und Kette, Ullstraße 4, Herr H. Müller, unternimmt seit einigen Tagen wöchentliche Fahrten, um Waffen herbeizuschaffen. In seinen Kellerräumen ist ein ganzes Depot errichtet. Die Anwohner haben in den letzten Tagen, daß Herr Müller Gewehre und Munition mit einem Wagen herbeiführt, und sie in seinem Hofe absetzt. Gekannt haben er eine ganze Reihe Stahlhelme angebracht. Des Schwager des Herrn Müller ist ein Hauptmann, der bei dieser Waffenverteilung seine Hand mit im Spiel hat. Wenn die Bewaffnung der Bourgeoisie nicht unter der ausbreitenden Zustimmung der Regierung verloh ginge, würde man ja die Polizei auf dieses Treiben aufmerksam machen. Interessant wäre dann wohl auch für die Polizei, daß sie in diesem Zusammenhang für Waffen zugleich einen Hammer für Lebensmittel dingelt machen würde. Herr Müller führt nämlich, wenn er nicht mit seinen dunklen Stoffen beschäftigt ist, nach Schmalen und hat von dort große Ladungen Fett und Schweinefleisch, die er natürlich nicht nur für seinen eigenen Bedarf erwirbt.

Noch interessanter aber ist folgende Einladung, die natürlich nur vollen „unverrückten“ Personen ausgestellt wird.

Mitgliederversammlung am 19. Juni 19, abends 8 Uhr, im Schiller-Pavillon, Brunnenplatz-Witthofstr. Wegen einer sehr wichtigen Besprechung wird allgemeines Erscheinen erwünscht. Am Freitag, den 20. 6. 19, abends 9 Uhr, Waffenempfang bei Engel, Uferstr. 5. Es wird gebeten, einen Mantel anzuziehen, um es möglich unaufrichtig zu gestalten.

In diesem Zusammenhang dürfen wir wohl auch auf die bemerkenswerte Tatsache verweisen, daß der latente bekannte „Mildeutsche Verband“ natürlich auch seine Hand im Spiel hat. Er ist mit diesen Arbeiten beschäftigt, daß jetzt das gesamte Personal, das sich auf Urlaub befindet, telegraphisch zurückgerufen wurde.

Vorbereitungen für den neuen Krieg.

Trotz der ängstlichen Behauptung der Regierung nehmen die Vorbereitungen für einen neuen Krieg rüstig ihren Fortgang. Vor uns liegen eine ganze Anzahl pommerischer und westpreussischer Kriegsbücher, in denen die Zivilbevölkerung der betreffenden Schlafkommission sämtliche unteroffiziere und Mannschaften des Wehrdienstes und der Ersatztruppen, Jahrgang 1884—1903, auffordern, sich in die Stammrolle eintragen zu lassen. Es sind natürlich kriegerische Vorbereitungen, die mit diesen Aufrufen getroffen werden.

Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit betonen, daß die Aufrufe vollkommen ungeeignet sind. Das alte Wehrgesetz ist aufgehoben, es gibt nur noch ein freiwilligenheer, das auf Grund eines freien Dienstvertrages gebildet wird. Trotzdem ist angenommen, daß die Regierung, die derzeitige ungefähre Höhe der Stammrolle, die diejenigen Personen, die sich weigern würden, dem Aufruf Folge zu leisten, zur Rechenschaft ziehen lassen wird. Die Regierung habe ja ihre ordentlichen und außerordentlichen Kriegsgeldern. Die werden schon dafür sorgen, daß die Rüstungen für den neuen Krieg ungehindert ihren Fortgang nehmen.

Die alten Mittel.

Verhaftungen in Oppenheim.

Königsberg, 20. Juni. (W. Z. N.)

Wie die „Ostpreussische Zeitung“ und „Königsberg“ mitteilen, ist gestern der Redakteur der dortigen belaischen „Wozzotta-Ostpreussische“, Kowalewski, auf Veranlassung der Regierung, wegen dringenden Besuchs des Gouverneurs und in Ostpreussen der Redakteur Jaroslaw des dortigen polnischen „Ragor“ festgenommen worden.

Die „Ritter Zeitung“ meldet: Am Donnerstag vormittag wurde Dr. Gajdar, der bekannte litauische Dichter, als er von einer Reise aus Rom zurückkehrte, in Ostpreussen verhaftet und der Staatssicherheit in Koblenz ausgeliefert.

Philipp Scheidemann.

Der Mann mit den vier Tugenden.

Nichts kann die Partei der Reichssozialisten besser kennzeichnen, als daß sie einen Mann wie Philipp Scheidemann an ihrer Spitze bildet, dem eine so geringe Bedeutung als Führer und Politiker zukommt. Damit ist aber auch das Wesen einer Regierung gekennzeichnet, deren Weisung diesen gleichen Manne übertragen worden ist. Nun ist er von seinem Posten gedrückt, er ist zum Opfer einer Politik geworden, die jedes großen Gedankens bar ist und nur den einen Zweck erfüllen sollte, das Leben von dem einen Tage zum andern weiterzuführen.

Man könnte über Herrn Scheidemann jetzt zur Tagesordnung übergehen, wenn man nicht noch seiner Vergangenheit besprechen möchte, daß er sich selbst noch noch diesen Kurzschuß auf einen Posten kleben konnte, auf dem er auch in Zukunft nur unheilvoll wirken würde. Denn wenn Scheidemann auch sonst nicht viel verstehen mag, die Politik beherrscht er vorzüglich, die Konjunktur auszunutzen, wie die Robe immer wieder auf die Beine zu fallen und einen Erfolg für sich einzuhändigen.

Philipp Scheidemann hat als kleiner Provinzredakteur begonnen und als erster Ministerpräsident der deutschen Republik seine politische Laufbahn vorläufig beendet. Seine Karriere hat also nichts zu wünschen übrig gelassen, jedoch nicht die Tüchtigkeit, sondern die Unvollkommenheit und die Schwachheit, oder vielmehr die Schwachheit in der Radikalisierung beobachtet hat. An der Partei war er früher der Radikale nebenher, solange Radikalismus die Mode noch oben zu ziehen ließen. Er mehr aber die alte Sozialdemokratie den revolutionären Boden des Massenstimmens verließ und zu einer reformerischen Arbeiterpartei zu werden drohte, in je größerer Entfernung das sozialistische Ziel vor dem Auge geriet zu sein schien, um so eifriger nahm er sich den neuen Verhältnissen an und streifte seinen Radikalismus ab. Doch hätte er sich Mühe, weder nach der einen noch der andern Seite anzutreten, und daraus entstand die Meinung, besonders in der Mitte der Partei, daß Philipp Scheidemann eigentlich der beste Nachfolger von August Bebel sei. Nur zweifeln fiel er aus der Rolle, so auf dem letzten Parteitag vor dem Kriege in Jena, wo er die Position des rechten Flügel für so gesichert hielt, daß er sich zu den beständigsten Revolutionären des äußersten linken Flügels, der damals von Rosa Luxemburg geführt wurde, hinreihen ließ. Hierbei entfaltete sich für jeden, der leben wollte, daß dieser Mann alles andere, aber kein sozialistischer Führer sein konnte. Nicht auf die Grundfläche kam es ihm damals schon an, sondern auf den augenblicklichen Erfolg. Und der offenkundigen Überlegenheit der Opposition verordnete er mit der demagogischen Ubrase zu bezwingen, daß ihm als einfachen Arbeiter keine Zeit zu wissenschaftlichen Studien neblieben sei.

Dann aber kam der Krieg. Ohne sich lange bei den Prinzipien des Sozialismus und der sozialistischen Internationalen aufzuhalten, stellte er sich an die Spitze derer, die ihr alle Mittel bemühten, die die Arbeiterklasse zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege anfeueren. Denn daß der Krieg nur durch einen Sieg Deutschlands über seine Feinde beendet werden könne, das stand für ihn außer allem Zweifel. Er machte die Regierungsformel zu seiner eigenen, daß das arme, unschuldige und unbereitete Deutschland von der bösen Entente überfallen worden sei und daß es jetzt alle, die Verteidigung solange zu führen, bis ein gewaltiger Sieg errungen worden sei. Noch in dem Glückwunsch an seine Solinger Wähler zum Neujahr 1915 hat er ihnen zugerufen, daß sie aushalten und Waffen schmieden müßten, bis die Berühmterung des Feindes vollbracht sei.

Aber der Sieg wollte nicht kommen, die Opposition in den Reihen der Partei, die sich gegen die Kriegspolitik der Scheidemann erhebt, wurde immer härter. Nun kamen dem Volksgewandten doch einige Bedenken und er erinnerte sich daran, daß ihm als internationalen Sozialisten doch eigentlich die Pflicht zustand, nicht erst auf den Sieg zu warten, sondern schon früher an der Beendigung des Gemetzels zu wirken. Herr Scheidemann ams auf den Handel mit der „Verständigung“. Auert sollte sie immer noch erst nach dem deutschen Siege kommen. Später aber ohne Sieger und Besiegte. Da aber seine Partei zu gleichzeitigkeit die Kriegskredite der Regierung rüstete weiter bewilligte und alle Gewalt beförderte, die die deutsche Kriegführung sich zu schulden kommen ließ, so mußte diese „Verständigung“ wie ein Stein auf das Ausland wirken. Selbstverständlich der Verständigungsformel nicht bei sich, sondern vor allem bei der Gegenseite suchte.

Der Krieg wurde abgelehnt durch den Zusammenbruch des alten Regimes, durch den Beginn der Revolution. Scheidemann hatte sich mit seiner Partei bis zum letzten Augenblick gegen jede revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse gestellt. Aber als das Proletariat die Kaisermacht niederwarf, da war er gleich dabei, um den Nutzen davon zu ziehen. Scheidemann ließ sich erst von denselben Deuten, die er vorher verflucht hatte, zum Volksbeauftragten machen, später avancierte er zum Ministerpräsidenten, nachdem er seinem Freunde Ebert den Präsidentenposten angeboten hatte. Scheidemann hat in seinem Leben soziale Reden gehalten, doch sie kaum zu zählen sind, er hat auch manche Zeitartikel geschrieben; aber man lese einen Brief für den anderen, der in allen seinen Reden und Aufsätzen nur ein und dasselbe betont, eine schöpferisch wirkende Idee, eine selbständige Auffassung finden könnte. Der Brief wird nicht per se dienen werden. Wenn man Großes mit kleinem vergleichen will, so lese man die Reden und Aufsätze eines August Bebel nach. Die Verhältnisse haben sich geändert, trotzdem sie in der Welt gingen. Vieles von dem interessiert uns heute nicht mehr, was damals das politische Leben bewegt hat, aber aus jedem Wort, aus jeder Zeile, die Bebel geschrieben oder gesprochen hat, schält uns der Gluthauch des revolutionären Empfindens, die sozialistische Überzeugung des selbständigen Handelns des Volkes entgegen.

Davon ist bei Philipp Scheidemann nicht das mindeste zu entdecken. Er ist der Mann der blühenden Redensart, der

des Wigwages und des gutführenden Kofkes. Diese vier
sieren ihn und sieren zugleich die Partei, der er
Angehöriger ist. Aber mit solchen Dingen kann man wohl weiter-
kommen und schnell wackelnde Versammlungslordere
sieren drücken; eine Welt ist mit ihnen nicht zu
machen. Und das Schicksal dieses Mannes, der jetzt das
eigene engstirnige, gedankenlose, trügerische,
arbeiterverräterische Politik geworden ist, wird das
Schicksal seiner Partei werden. Immer schneller wird sich
das Proletariat von ihr abwenden und den Weg zurück-
zur revolutionären sozialistischen Politik, die von
den Massen bewahrt wird, nicht nur nach Tageserfolgen
sondern stets dem höchsten Ziel zustrebt: der Verwirk-
lichung des Sozialismus.

Falsche Rangordnung.

Wir lesen in der „Berl. Volksztg.“:
„Die großen Kabinettstische in Weimar gabi eine kleine
Redaktion des „Vorwärts“ einber. Die Redaktion hat
sich entschlossen, diese ablehnungstreudigen Schriftsteller
zu kampf zu benutzen, um einen Puls zu ertönen. Sie
sind geschickte, daß sie dem Kampfe die nötige Politik nicht
entziehen können, und daß sie der Kritik sei, es müsse
gesprochen werden. Es wäre gut, wenn die „Vorwärts“
auch sonst die Politik des Herrn Stamper
kontrollieren würde. Unseres Erachtens ist der
Ausgang der sozialdemokratischen Partei in
Weimar und anderswo nicht zum kleinen Teil der unheil-
vollen Politik dieses Journalisten zuzuschreiben.
Alle Standale der Scheidemann-Zeit durch
ihre ungeschickte Ablehnung, und Tot-
schweigerei zu verurteilen. Es wäre gut,
wenn die Stamper dem Meister Scheide-
mann folgte. Für die Befreiung der sozialdemokratischen
Partei würde dies viel bedeuten.“

Die „Volksztg.“ irrt nur in der Rangordnung; es han-
delt sich um zwei Gefellen und keinen Meister.

Ein entsetzliches Justizurteil.

Donnen, 20. Juni.
Die Telegraphen-Kolonie meldet: Der bei den Kurden in
Ostafrika festgesetzene Sturm auf das deutsche Gerichts-
amt, wobei eine große Anzahl von schweren Verbrechen ent-
schien, die heute noch nicht alle wieder ergriffen sind, kam in mehr-
wöchiger Verhandlung auf dem hiesigen Schwurgericht zur
Verurteilung. Der Geschäftsführer der Unabhängigen
Partei in Ostafrika wurde zu 10 Jahren, der
bestenfalls zu 12 Jahren und der Angeklagte
Kern zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei
Angeklagte wurden freigesprochen.

Einzelheiten über diesen Vorgang sind noch nicht bekannt.
Schon aus dieser Meldung ist zu erkennen, daß es sich
um ein Tendenzurteil aus politischen Grün-
den handelt. Das Gewaltverbrechen steht in Ostafrika
auf der Höhe!

Ein Hofverratsprozeß in Nürnberg.

Rechtssozialistische Spindel und Schieber.
Vor dem Standgericht in Nürnberg hatten sich dieser Tage
Genossen Weier, Bauer, Habermeier, Werber und
Klein, sowie die Kommunisten Ratzel und Kleinlein
zu verantworten. Die Beschuldigung fiel auf
den Hofverrat an der Kaiserpalast zurück, insbesondere sollen
sie eine Versammlung am 20. April zu Gewalttätigkeiten auf-
gerufen haben. Diese Versammlung wurde durch Mannschaften
des Generalkommandos (III. bayerisches Armeekorps) ausein-
andergerissen, wobei die Soldaten rüchsiges von der Schutz-
polizei Gebrauch machten.
Die „Bräunliche Tagespost“, ehemals ein anständiges Ar-
beitsblatt, hat durch heftige Kritik den Anlaß zu diesem
Prozess und zu der Verhaftung der Genossen gegeben.
Vor dem Standgericht brach die gegen die Genossen erhobene
Anklage völlig zusammen. Es wurde festgestellt, daß die Anklage
auf Nachrichten von Spindeln beruht, die das General-
kommando schon seit Januar unterteilt und die hinter jeden An-
geklagten und Kommunisten hinterdrein geschickt wurden, um
ihnen Neben ein paar Broden herauszulaufen. Dieses ent-
scheidende Material wurde dann gesammelt, um im gegebenen Augen-
blick gegen unsere Genossen verwendet zu werden.
Die Nürnberger Rechtssozialisten, die hinter diesen Spin-
del stehen, haben sich in diesem Prozeß eine schwere Niederlage
erzitten. Mit Recht konnte einer der Verteidiger in Hinblick auf
den Reagenmaterial von einem Wumpse und einer Zerstörung der
Anklage sprechen, die hier fast beispiellos dastehet.
Unsere Genossen wurden denn auch, um wenigstens den Schein
der Unparteilichkeit zu wahren, nur mit kleinen
Strafen bestraft. Weier und Bauer sogar freige-
lassen. Die Kommunisten bekommen Gefängnisstrafen von
3 und 8 Monaten. Es wurde aber festgestellt, daß sie sich zu
keinem Taten durch Sozialisten verhalten haben.

Verhaftung des Eisenbahnvertrags in Thüringen.

Die Eisenbahner in Erfurt und Jena haben sich
den völlig unzulänglichen Angehörigen der Regie-
rung nicht einverstanden erklärt. Sie beharren auf ihrer For-
derung nach Demokratisierung der Betriebe.
Die Regierung zu einem Nachgeben nicht bereit ist, hat
die Streikfrage wesentlich verschärft.

Erfurt, 20. Juni.
Die Lage im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt hat sich heute
verschärft. Der Zugverkehr nach Gotha-Weinungen-
Gera und Weis ist nicht mehr möglich. Dort streiken die Eisen-
bahnbediensteten und Arbeiter. Der Verkehr in der Richtung nach
Weimar ist vorläufig nicht gehemmt. Seit heute vor-
mittag 10 Uhr streiken auch die Arbeiter der Erfurter
Eisenbahnwerkstatt. Die Arbeiter verlangen
den Präsidentenposten im Sinne der bekannten
Eisenbahnerforderungen besetzt werde. Die Hauptforderung der
Eisenbahner besteht darin, daß der Verkehr sofort überall wieder auf-
genommen wird.

Jena, 20. Juni.
In einer heute besetzten Versammlung der unabhängigen Eisen-
bahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter wurde die Fortsetzung
des Streiks beschlossen. Die Bewegung der Eisenbahner
hat sich auch auf die Eisenbahnbetriebe übertragen.

Schwere Schädigung Deutschlands durch den Fall Radel.

Die deutsche Liquidationsstellung in Sowjetpolen
sowie in ihrem Namen sowie im Namen deutscher Bürger ein
Radiotelegramm an das Auswärtige Amt in Berlin. In
ihm wird darauf hingewiesen, daß durch die Festhaltung Radeles
Schwierigkeiten persönlicher Art der deutschen Bevölkerung und
der deutschen Bürger entstanden sind. Ferner heißt es:
„Bedeutend auf zu erwartendes Resultat veranlassen wir
Radiotelegramm-Austausch zwischen beiden Regierungen über ge-
wisse Punkte.“

Parteigenossen!

In den ersten Tagen der Revolution habt Ihr Euch
zum Kampf für den Sozialismus an Stelle des Euch
widerrechtlich entzogenen Blattes durch die Gründung der
„Freiheit“ ein neues Organ geschaffen. Vollständig ist
seine Entwicklung in den vergangenen acht Monaten ge-
wesen. Noch nie hat ein Blatt eine derart stürmische Auf-
wärtsbewegung durchgemacht wie die „Freiheit“. Fun-
dertausende von Lesern hat sie bereits erworben,
täglich kommen neue tausende dazu, so daß der Tag in
nicht allzu weiter Ferne liegt, wo

Euer Blatt das meist gelesene in Deutschland sein wird.

Aber mit dieser sprunghaften Entwicklung des poli-
tischen Einflusses der „Freiheit“, hat ihre ge-
schäftliche Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten. In
den Anfangstagen der Revolution ohne große finan-
zielle Mittel gegründet, ist die „Freiheit“ darauf ange-
wiesen, daß die als Betriebskapital nötigen Gelder von
den Parteigenossen selber aufgebracht werden.
Zu diesem Zwecke ist die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
gegründet worden, die es durch

Ausgabe von Anteilscheinen über kleine Beträge

jedem Parteigenossen ermöglichen will, sich mit seinen be-
scholbenen Kräften an der Sicherung der geschäftlichen
Existenz der „Freiheit“ und an ihrem Ausbau zu beteiligen.

Bisher haben leider nur wenige Genossen erkannt,
daß die großen Aufgaben, die unserer Bewegung und
unserem Blatte gestellt sind, immer dringender die

energische finanzielle Unterstützung

der Parteigenossen beanspruchen. Es genügt in keiner
Weise, wenn die Parteigenossen nur Abonnent-
ten der „Freiheit“ sind, sondern sie müssen es als ihre
heiligste Pflicht betrachten, auch Mitglieder der Ge-
nossenschaft zu werden und durch Zeichnung von An-
teilscheinen, die eine durchaus sichere Vermögensanlage
sind, dazu beitragen, daß der dringend nötige Ausbau
unseres Unternehmens baldmöglichst erfolgen kann.

In einer Privatdruckerei hergestellt, auf deren Lei-
tung sie ohne jeden Einfluß ist, erwachsen der „Freiheit“
aus dieser Tatsache viele der Schwierigkeiten, deren
Beseitigung im dringenden Interesse der Genossen, wie auch
des Blattes liegt. Aber eine Besserung dieses Zustandes
ist nur möglich, wenn jeder Parteigenosse einseht, daß er

Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

sein, und Anteilscheine je nach Möglichkeit zeichnen muß.

Ausnahmsfähig ist jede geschäftsfähige, aber
21 Jahre alte Person, die der U. S. P. angehört. Die
Höhe des Geschäftsanteils ist auf 20 Mark festgesetzt;
mehr als laufend Anteile kann niemand erwerben. Die
Mitgliedschaft kann schriftlich mit einjähriger Frist zum
Schlusse eines Geschäftsjahres gelündigt werden.

Die Aufnahme erfolgt bei allen Bezirksfüh-
rern der U. S. P., die Votus dafür bei den Kreisorgani-
sationen erhalten können.

Arbeiter! Parteigenossen!

setzt durch massenhaften Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, daß Ihr alles daran setzen wollt,
Euer Blatt so auszubauen, daß es allen Anforderungen,
die der Kampf um den Sozialismus und für politische und
ökonomische Freiheit stellt, erfüllt werden können.

Der Vorstand der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

nennten Fall, denn ungeachtet dorthin Proteste sind hier in
manchen Städten deutsche Bürger als Geiseln in Ge-
fängnissen und ist Heimreise deutscher Oberhaupt in Frage ge-
stellt. Wünsche nach Wiederaufnahme von Handels-
beziehungen mit Deutschland sind hier allgemein, jedoch wird
Anbahnung ungünstig beeinflusst durch monatelange Ver-
schleppung desselben Falles Radel. Deutsche Regierung wird ge-
beten, Fall Radel unter Berücksichtigung des Schicksals deutscher
Bürger in der Ukraine und der auch dort weitestgehend angehaltenen
Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zu behandeln.“

Der Zentralrat hat an den Ministerpräsidenten Hoff-
mann folgendes Telegramm erlassen: Ueber Verhältnisse
Eintritts beunruhigende Gerüchte verbreitet.
Zentralrat bittet, Sprage zu traagen, daß Einsteigen ordent-
lichem Gerichtsverfahren unterstellt wird.
Generalkonferenz in Stuttgart. In ganz Portugal ist die Re-
beiterchaft in den Generalstreik getreten.

Die Straßenbahn und die Straßenbahner.

Der Zweverband Groß-Berlin hat beschlossen, der Großen
Berliner Straßenbahn die Genehmigung nicht weiter zu erteilen,
den 17 1/2 Pfennig-Tarif über den 30. Juni hinaus zu erheben,
vielmehr mit der Gesellschaft wegen Uebernahme des Unterneh-
mens in die öffentliche Hand in Verbindung zu treten. Als
Uebernahmepreis ist von dem Sachverständigen des Zweverbandes
die Summe von 100 Millionen Mark als angemessen bezeichnet
worden. Die Straßenbahndirektion hätte sich auf ihren Vertrag,
wonach im Jahre 1908 die Uebernahme des Unternehmens zu
einem Preise von 150 Millionen erfolgen kann. Nach dem im
Vorjahr beschlossenen Einheitsvertrage kann aber erst frühestens
im Jahre 1901 an eine Revision des Tarifes gegangen werden.
Dieser Tarif ist ein 17 1/2 Pfennig-Tarif. Nun haben sich die Ver-
hältnisse infolgedessen geändert, als die Straßenbahn Anfang d. J. er-
höhte Löhne bewilligen mußte und sie suchte sich durch eine Tarif-
erhöhung schadlos zu halten. Der Zweverband gab damals nach
und bewilligte unter dem Druck der Verhältnisse einen Tarif von
17 1/2 Pfennig, aber nur auf einige Monate.

Am 30. Juni läuft die Bewilligung ab und die Straßenbahn
müßte nach dem Vertrage zu dem 17 1/2 Pfennig-Tarif zurückgehen. Das
will sie nicht. Sie will den 17 1/2 Pfennig-Tarif weiter erheben. Sie
sagt, man müsse ihr einen so hohen Tarif zubilligen, der es ihr
ermöglicht, ihren Betrieb wirtschaftlich auszuüben zu können.
Der Zweverband steht auf einem andern Standpunkte. Es kann
nicht seine Sache sein, einem privaten Verkehrsunternehmen
ständig das Risiko abzunehmen. Will die Straßenbahn weiter
wirtschaften, muß sie auf eigene Gefahr arbeiten. Nun brängen
aber die Dinge dahin, daß die Straßenbahn in die öffentliche Be-
wirtschaftung genommen werden muß. Es darf nicht mehr sein,
daß ein öffentliches Unternehmen nur vom Standpunkte der Ak-
tionäre betrieben werden darf. Der 17 1/2 Pfennig-Tarif ist ein Kampf-
mittel in der Hand des Zweverbandes. Würde der Straßenbahn-
gesellschaft der 17 1/2 Pfennig-Tarif über den 30. Juni hinaus
bewilligt werden, so müßte das später die Bewilligung teuer be-
zahlen, denn die Tarife machen sich das Unternehmen lebens-
fähig. Wegen Mißse und Gebäude der Straßenbahn sind ziem-
lich wertlos, wenn der Tarif nicht herabkommt. Eine Verlänge-
rung des jetzigen Tarifes wird aber bei einer späteren Ueber-
nahme als Verstoß in Anrechnung gebracht. Der Wert des
Unternehmens würde ungeheuer gesunken und die Groß-Ber-
liner Bevölkerung würde aus ihren Taschen die Tausende der
Millionen der Großen Berliner füllen müssen. Daran haben die
Aktionäre ein Interesse, sonst niemand, auch nicht die Straßen-
bahner.

Die Angehörigen der Straßenbahn haben nur das Inter-
esse, daß ihnen ihre Löhne gesichert bleiben, wenn das Unter-
nehmen in die öffentliche Hand übergeht. Und diese Sicherung
haben sie. Der Zweverband hat diese Zusicherung gegeben.
Wie die Dinge liegen, dürfte es mit der Straßenbahngesellschaft
zum Kampfe kommen. Da gibt es nur eine Position, die nicht
zu halten. Die Direktion der Straßenbahn sucht ihre An-
gehörigen zu schützen mit der Werbung, daß vom 1. Juli ab nur
noch die alten Löhne gezahlt werden, wenn sie von da ab der
17 1/2 Pfennig-Tarif nicht weiter angewandt wird. Die Straßen-
bahndirektion behauptet nun davon, daß die Arbeiter vor
Ende des 30. Juni unter allen Umständen die Lohnfrage zur
Entscheidung bringen, um so gegen den Zweverband eine
starke Stellung zu haben. Auf diese Weise würden die Ar-
beiter unter keinen Umständen leiden. Ein Direktor der
Straßenbahn soll den Arbeitervertretern erklärt haben, auch
nach dem 1. Juli den 17 1/2 Pfennig-Tarif beizubehalten. Dazu
hat die Direktion gar kein Recht und der Zweverband wird
sich dieser Bereitwilligkeit mit allen Mitteln zu wehren wissen,
zumal der Vertrag vom Scheitern zu bedroht.

Unserer Meinung nach sollten die Straßenbahner die
Dinge genau so an sich heranzukommen lassen, wie die Groß-Ber-
liner Bevölkerung das tun wird. Die Arbeiter haben in dem
Falle, daß die Direktion sie nach dem 1. Juli auf die alten
Löhne zu setzen erlaubt, alle Möglichkeiten in der Hand, um ihre
berechtigten Forderungen durchzusetzen. Sie haben dabei auch
die Sympathie der Berliner Bevölkerung, wenn sie mit ihr ge-
meinsam die Kommunalisierung des Straßen-
bahnunternehmens fordern. Alle vor dem 1. Juli ge-
traffenen Maßnahmen führen nur die Straßenbahndirektion
und Schaden der Allgemeinheit. Dazu dürfen die Arbeiter unter
keinen Umständen die Hand bieten. Die Angehörigen der
Straßenbahn müssen mit der großen Mehrheit der Berliner
Bevölkerung eine geschlossene Front gegen die private Be-
werbsgesellschaft und eine Handvoll Aktionäre bilden. Die An-
gehörigen müssen als einzige Partei die Kommunalisie-
rung des Straßenbahnunternehmens auf ihre
Fahne schreiben. Nur dann durchsetzen sie den Forderungsplan
ihrer Direktion und nützen der Allgemeinheit.



Sieben erschien

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Hest 8

Mit dem Inhalt:

- Eine Dentschrift der Reichswehr über die Kämpfe mit der Arbeiterchaft (mit zwei Aufsatzspalten)
- Gedentfeier in Mostau (2 Seiten)
- Talstoi: Gegen Todesstrafe und Weißen Schrecken
- Trofski — Lewine

Einst Stern: Die Autos am 9. November.

Talstoi: Der Teufel / Bilder, Karikaturen usw.

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Hal/Juni R. 1.60

Full/September „ 2.50

Nr. 1-7 können noch nachgeliefert werden.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverläufe-
stellen, Mosten, Bahnpostbuchhandlungen, sowie im
Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Bezugspreis für die Redaktion: 12 Mark. Anzeigen-
preis: 12 Mark. Druck: 12 Mark. Vertrieb: 12 Mark.
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. u. d. S. Berlin — Druck: 12 Mark.
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. u. d. S. Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Friedrich-Wilhelm-Theater
Direktion: Gustav Friedrich
Chausseestraße 30.

Am 24. Uhr.
Allabendlich:
Das Dorf ohne Glocke

Volksbühne. Theater am
Hilowplatz.
Direktion: Friedrich Kayssler.
7 Uhr: 8. Jungfernstift

Opernhaus
7 Uhr: Die Fledermaus.
Schauspielhaus
7 Uhr: Die Räuber.

Direktion
E. Mahard - E. Bernauer.
Theater I. G.
Röniggrätzer Straße
4 Uhr: Der Hüttling.
Sonntag nachm.: Die fünf Frank-
furter.

Abends: Der Hüttling.
Komödienhaus
an der Marzballbrücke.
Lena Bölich u. Ludo Sarkis.
8 Uhr: Liselott
von der Pfalz.

Berliner Theater
8 Uhr: Die tolle Komödie.
Sonntag: Es ist schön.

Deutsches Theater
Allabendlich 8 Uhr: Max Pallen-
berg in Familie Schimek.
Kammerspiele
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstante in
Eifersucht.

Theater des Westens
Allabendlich 7 Uhr:
Mia Wierber u. Hans Waldmann in
Die Geisha.
Rose-Theater
7 Uhr: Ehe-Urlaub.
7 1/2 Uhr: Gartenblühen
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert
und erlesene Spezialitäten.
Wilhelm-Theater
7 1/2 Uhr: Kleine Skaviin.

Schwarz Sommer-Theater

LICHTENBERG, Möllendorfsstraße 25-26
Inh. H. Eschweg. Dir. Theo Oppermann.

Im herrlichen, größten Naturgarten des Ostens
Jeden Sonnabend abend 7 Uhr
Große Spezialitäten-Vorstellung
10 erstklassige Nummern.
Jeden Sonntag nachmittag 4 Uhr

12 neue Variété-Sterne

2 Orenses Julia Sommer Marengo Tatjano Trio
Kom. Akrobaten Soltan-Tänzerin Universal-Artist Musik-Akt
Robert Neemann Paula Otta Spyras
Der beliebte Humorist Dressur-Pagoussi Mysteriöse Puppe

Jeden Montag nachm. 5 Uhr. Grosses Kinderfest
unter Leitung des beliebten Onkel Pele
Im herrlichen Park Spiele, Belustigungen, Vorstellung, Konzert, Kaffeeküche
Jeden Mittwoch Elite-Tag Beginn 7 Uhr

Konzerte und Vorstellungen für Vereine zu kulantem Bedingungen durch:
Theo Oppermann, Berlin N 24, Invalidenstr. 36.

Lessing-Theater

Sommerspielzeit
Leitung: Hans Störberg.
Gastspiel: Guido Thielen.
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat.
Allabendlich 7 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

Wintergarten

Täglich 7 1/2 Uhr
Variétévorstellung
Rauchen gestattet.

Elite-Sänger

Beste u. Köstliche Tenor
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
oberm. Mittel der
Sittler Sänger
Seidel, Russell,
Herst, Schubert
Humor. Spielplan
Sommerspielzeit
Döllgen - Lause-L.

Reodor Kank & Herber
Dampfer-Extra-
Waisenbrücke
Jeden Mittwoch und
Sonntag 8 Uhr:
Teupitz (Torow's)
1897
Jeden Sonntag 8 1/2 und
9 Uhr:
Krampeburg.

Real Estate advertisement for Dillen-Grundstücke, Falkenhagen-West, and Gartengrundstücke. Includes details about land parcels, locations, and contact information for Gigenheim-Gelellhoff.

Kuthaus Norden
Brunnenstr. 52 a. d. Bernauer Str.
Badstr. 65, gegenüber Stadler Ende.
Hiz- und Strohhüte,
Wäsche, Krawatten.

MORTOL
der Mottenschutz des kleinen Mannes
Überall erhältlich
Julius Lewisson, Berlin N 24.

Zahnpraxis Goldberg
Direkt am Bahnhof Alexanderplatz
Eingang Ecke Königstraßen
Sprechstunden 9-6 Uhr
Umarbeiten schlechtester
Reparaturen innerhalb 5 Stunden
Goldarbeiten preiswürdig • Aufnahm. billige Haus

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Straße 117 (a. d. Lützenbrunn)
Haut- und Hornarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und zutreffende Gratis-
Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilver-
fahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags,
10-11 abends, Sonntags 11-1 Uhr (im ver-
schlossenen Brief Mk. 1.25).

Heil-Anstalt „Löser“
Königstr. 9, nahe Alexanderplatz
Modernes Ambulatorium,
Licht- und Finsen-Institut, Inhalatorium, Gurgel-
Kabinen, Elektrische und Medicinische Bäder.
Institut für Diagnostik und Therapie,
Harna- und Blutuntersuchungen.

Die Stelle des
zweiten Bürgermeisters
(Befehltes Begehren) ist am 13. September d. J. mit
einem Notizen oder Schriftliche Erklärung zu belegen. Das Gehalt
der Stelle beträgt 4000 RM. und steigt von 3 zu 3 Jahren
um je 500 RM. bis zum Höchstbetrage von 6000 RM.
Kandidaten sind ein Wohnort in der Stadt zu haben und
jeweils ein schriftliches Zeugnis zu besitzen.
Wenigen diesen zum Gehaltsberechtigten Bestehen werden
88 auf weitere 200000 Mark nach demselben Grund-
sätzen gewährt.
Die Wahl erfolgt auf die Dauer von 12 Jahren. Rube-
gehalsberechtigung und Gehaltsberechtigungsrecht treten bei nach
der Wahlbestimmung und dem Kommunalwahlgesetz.
Anrechnung anderwärtiger Tätigkeit bleibt vorbehalten.
Im Kommunalwahlgesetz enthaltenen Bestimmungen, die möglichen-
falls aus dem Gesetz der Verordnungsgebung nicht
geordnet sind, sollen die Gewerbesteuer mit Bedenkzeit und be-
günstigte Zeugnisse bis zum 15. Juni einreichen.
Gültig, den 18. Juni 1919.
Der Magistrat.

Sandalen

Praktische Fussbekleidung
für die warme Jahreszeit
Sehr preiswertes Angebot!

Table with 2 columns: Grösse and Mark. Rows include Grösse 25/26, 27/30, 31/35, 36/40, 41/42, 43/46 with corresponding prices.

Leiser



Zigarren aus reinem Tabak

In allen Preislogen von 70 Pfennig an.
Echter Schmaizler Schmaizler 40 Pf. das Päckchen.
Gustav Haase Nachfg., Inhaber R. Schwarz,
Berlin, Neue Königstrasse 85 u. Neanderstrasse 38.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Küchenmöbel

billigst Michaelkirchstr. 24 a.
Empfehle preiswert aller-
hand Gardinen, Stiere, Tüll-
bedeckungen, Stieppdecken,
Divandees, Tischdecken,
Portieren, Zuggardinen, fast
neue Teppiche, Läuferstoffe,
Bettvorlagen, Federbetten etc.
Ehrmann, Frankfurterstr. 911,
Ecke Hohenstrasse.

Piano, Harmonium

Pflügel, neu, gebraucht, Beck-
steinpflügel, verkauft billig
Ernst Oranienstr. 166 III.
Mandoline, Laute, Gitarre,
Wandermandoline 45,-, erstkl.
85,-, Konzertlaute 125,-, 145,-,
(Unterricht 5,-, Monatsunter-
r. evtl. 10 stündige Schnell-
kurse) Klavierlaute mit Zu-
behör 125,-, Konzertorgeln
65,-, Ernst Oranienstr. 166 III.

Pianos

vorzüglich neue auf gutem
Werkstoff, gut gebraucht, wenig
gebraucht, Piano in großer Aus-
wahl verkauft mit neuen Zu-
behör, sehr möb. Preis.
Lübau, Händl.
Münchenstr. 38

Holzräder

aller Größen,
Leiterwagen, Kastenwagen,
elegant und billig. Weidlich,
Brunnenstraße 96, Nord. 1904.

Selbst-Tüllstoffe

Gr. 47,
verschiedene Stützen, billig,
Schmiggalla, Lindenstr. 119.

Küchen, moderne

mit
ohne Anrichte, roh, gestrichen,
Riesen-Auswahl, enorm preis-
wert, Himmels, Lothringerg. 22.

Metalbetten

weiß,
schwarz, braun 75,-, Chaise-
longues 75,- an, Mecke,
Auguststraße 42 a. Oberg.
pariser.

Friedenswaren

solange
Vorrat reicht, verkauft preis-
wert allerhand Gardinen, Stiere,
Portieren, Tüll-
bedeckungen,
Divandees, Tischdecken,
Waffeldecken, Dekorationen,
sowie fast neue Teppiche,
Läuferstoffe, Bettvorlagen,
Stieppdecken und andere Ge-
legenheitskäufe, Fried, Prin-
zenstraße 94, 3 Tr. (Moritzstr.).

Küche, hell, 7 teilig

295,-,
Kleiderspin, Waschspind,
Kommode, Tisch, Bestecke,
Marmor, Waschtische mit
Marmorplatte, Borsigstr. 27,
Späher.

Tabakpflanzen

Pflanz-
zwirbeln, Gemüsepflanzen,
Majoran verkauft überm.
Seidel, Neukölln, Köllnische
Allee 160.

Kinderbettstelle

verkauft
für 60 Mk. Dobrowski, Fah-
mannstr. 24.

Villa am Müggelsee

sofort
zu verkaufen, Postlager-
karte 92, Berlin O. 112.

Feldbestände

verkauft
billig Kandelhardt, Torstraße 2.

Abwasserpumpen

für
Laubenkolonien, Ersatzteile,
billige Bezugsquelle, Ausfüh-
rende Ratschläge kostenlos,
Döring, Seydelstraße 2.

Köchen, schwarz, gestrichelt

feldgrün und ein Deckbett
verkauft, Preis, Schwarzkopff-
str. 15, vorn parierre rechts,
Händler verbeten.

Zu verkaufen ein Klavier

Grüner 5 rasser 16, Cöpenick.
Komplette Küche mit
Waschzelle, Wringmaschine,
2x Bezüge, Küberbett,
Wasch-, Tischkorb und Wetter-
reservoir verk. Lichtenberg,
Stadthausstr. 4, Laden.

Flottes Geschäft

Kaffee,
Kuchentorten, Speiseeis in guter
Geschäftsgegend billig zu ver-
kaufen. Zu erfragen Waldner,
Lindower Straße 8.

Spielewaren
Maschinen 211, 1. und 2. Hand
wagen verkauft Scherzinger
Laden.

Anrichte, Koch
Orangie, mit 15
Gardinen,
West, Schafstr. 2,
Schönstraße 3,
Wickerstraße 4.

Lichtstrahlen
1903 komplett, verkauft
Lindauer Straße 4.

Verkauf
niedrigste Preise
ter Leinwand mit
Wiesengrün,
Wickerstraße 4.

Herrenrad
Gumm, gut erhalten
Kohn, Sonntag von 9-12 Uhr
Höhlestr. 18.

5 Paar
Kleiderstoffe
25-35 verkauft
Skuller Str. 10.

Cigaretten
Tabak, ohne
abzugeben
Hagen,
Lindauer Str. 24, 2. Hand.

Gebrüder
Carl Barthel
8, Lindauer
Häuser gegen
Möbel
jeder Art.

Möbel
Möbel
Möbel

Bunte Bühne im LINDENPARK

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 13.
Täglich 7 Uhr:
Theater, Variété, Kabarett, Tänze
Täglich 8 Uhr: Großes Künstler-Konzert,
Schönster, herrlichster Linden-Garten
Volks- und Kinderbelustigungen.

Balschmieders
Variété-Garten
Badstrasse 13.
Weissensoer
Sommer-Theater
Prenzlauer Promenade 6-8.
Dirz Gerk, Gammann
Täglich 12 Variété-Nummern
Grosses Theater-Orchester
Erfüllung der Gärten: Wochentags 2 1/2 Uhr
Sonntags 2 1/2 Uhr
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr
Sonntags 5 Uhr
Beginn des Variétés: Wochentags 7 Uhr
Sonntags 6 Uhr
Über Vermietung der Gärten an Vereine wende
man sich an die Direktion.

Sonnwendfeier
anlässlich des Deutschen Sozialistentages
am Sonntag, den 22. Juni 1919
im Müzzelschloßchen Friedrichshagen
und der anschließenden Wieso
Musik - Festreden - Gesang
9 Uhr: Feuerwerk in noch nie gezeigter Form
Eintritt 50 Pf. Beginn 4 Uhr
Eintrittskarten sind in der Buchhandlung der
„Freiheit“ erhältlich.

Schönholzer Tivoli
I. V. Max Gruhke.
am Bahnhof Schönholz.
Jeden Sonnabend und Sonntag
großer Ball.
Stelle meloen Saal mit Garten zu Festlichkeiten und
Versammlungen zur Verfügung.

Staaken.
Die Ortsgruppe vom Reichsbund der
Kriegsbeschädigten, ehem. Teilnehmer
und Hinterbliebenen
Hier am 22. Juni in den Lokalen von Thiele, Berliner
Königsstrasse, und Horowitzstr.
diesjähriges Sommerfest
Wir laden alle Freunde und Gönner sowie sämtliche Kameraden
freundschaftlich ein. Anfang 3 Uhr nachmittag.
Der Vorstand.

Diskussionsvortrag v. Dr. Heinrich Goldberg
Egoismus und Gesellschaftsleben bei
Hörner und Nietzsche.
Donnerstag 7 Uhr, Sophien-Schule, Weidenstr. 11

